

# Der Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Bernierode  
Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Postgebühren, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht sich jährlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei Halberstadt, Postfach 48, Fernruf 2314. Verlag: Halberstädter Tagesblatt, Paul Becker, G. m. b. H., Bernierode, für Postamt u. Wirtschaftstrasse 10, Halberstadt, für den lokalen Teil Wilhelm Kindermann, für Helme u. Untere Karl-Zweig, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die adreßhaltige Zeile pro 10 Pfennig, auswärts 40 Pfennig, Restausgabe 50 Pfennig. Maßgebend ist der bei Postung vorliegende letzte Satz. Für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigen-Aufnahme in der Geschäftsstelle Postfach, Postamt 48 (Fernruf Nr. 2314), Postfach 48, Halberstadt 4526 und Volksbildungsleitung (Steigerwald) Bernierode, Burgstraße 30.

Nr. 274

Dienstag, den 24. November 1931

3. Jahrgang

## Mageres Resultat.

Die acht Leitsätze des Wirtschafts-Beirats.

Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Leitsätzen zusammengefaßt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Leitsätze, deren wesentliche mit an anderer Stelle mitteilen, nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Leitsätze enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; z. B. sind wichtige Vorstöße auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wahrung der Deflationspolitik, für die Angliederung der landwirtschaftlichen Produktionspreise an die Konsumtenpreise, für die Abschaffung jeglicher Inflation, für die Senkung der Zinsen, der Preise usw. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung versichert immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Das liegt zweifellos auch auf der Linie des angekündigten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung. Das nach dem Wort des Reichspräsidenten „lojal gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozeß, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Anordnungsverordnung einleiten will, die Garantie, daß die Reallohn- und Reallohnverluste nicht zu groß werden? Oder die andere Garantie, daß immer noch den Worten des Reichspräsidenten verfahren wird? Schließlich wird die Regierung Breinung nicht ermöglichen und eine andere Regierung könnte z. B. aus Lenderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schmeißen, die der Arbeiterschaft eines Tages arg bekommen könnte.

Das war sicherlich die eine Leberlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Braumann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bestimmte hat, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften beigepflichtet. Des anderen sind die Hoffnungen der Gewerkschaften auf eine gescheiterte Regelung der 40-Sundenwoche enttäuscht worden. Diese und rein wirtschaftliche Überlegungen dürften die wichtigsten Gründe sein, die die Haltung aller Gewerkschaften bestimmen. Immer ihre unabweisende Meinung haben sie niemandem im Stillen geflossen.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Spiel ihres wirtschaftspolitischen Kurzes näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anpassung der deutschen Weltwirtschaft an die durch Währungs-Veränderungen und andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt. Sie will dadurch Preisstabilität und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten vermeiden und arbeitet so das Ziel heraus, das die Arbeiter der deutschen Wirtschaftsstufen zu setzen. Sie will lojal gerecht bleiben. Deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Wahrung der Bindungen, die für Preise und Löhne bestehen, Preise und Löhne in Übereinstimmung miteinander gleichseitig herabgesetzt werden. Insbesondere will man die gebundenen Preise einem neuen Niveau anpassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung mit der Senkung der Löhne und Preise ernst ist. Wie die christlichen Gewerkschaften in einer Verlautbarung mitteilen, hat in der Sitzung des Wirtschaftsbeirates am Montag der Reichsarbeitsminister Stegerwald noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß unter den Umständen daran gedacht werden, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso die Mieten und die Löhne für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Folgen sind zur Kostenverteilung des Arbeitnehmerausmaßes notwendig. Der Reichsarbeitsminister hat die Regierung mit dieser Erklärung freigelegt. Aber es kommt schließlich alles darauf an, ob man Löhne und Preise in dem Ausmaß senken kann, was das erforderlich ist, um zu verhindern, daß der Kaufkraft und der Reallohn in Deutschland einem unheilvollen Schrumpfungspfeil verfallen.

Wir sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Reallohn- und Reallohnverluste, angefangen beim Essen und bei der Kasse bis zum Betriebe und der Straßenschilder, der Mieten und der Reallohnverluste tun kann, wenn man will. Wir sind auch überzeugt, daß das die Konjunktur beben und anregen wird; auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen. Aber wir betonen, daß ein Ausgleich möglich ist, und deshalb wird eine Lohn- und Gehaltsenkung, möge man sie immer wieder in Zusammenhang mit einer Preisentwertung bringen, auf Kosten des Reallohnverlustes gehen. So ist zu betonen, daß der Prozeß der Anpassung, den die Regierung in ihren Richtlinien andeutet, mit einer Schrumpfung der Reallohn- und Reallohnverluste verbunden wird. Damit begibt sich die Reichsregierung auf den Weg der vom deutschen Unternehmertum seit zwei Jahren bevorzugten Politik des einseitigen Lohnabbaues.

Auch das Unternehmertum hat den Arbeitern versprochen, die Wirtschaft durch Lohnabbau anzukurbeln und die leer gewordenen Werkstätten wieder zu besetzen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Politik des einseitigen Lohnabbaues hat das Arbeitslosenheer vermehrt.

Die Politik der Reichsregierung muß u. E. ebenfalls mit einem Fiasko enden. In dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichstagsrat, der die Beratungen des Wirtschaftsbeirates einleitete, wurde von einer Verminderung der Arbeitslosenheere gesprochen. Wenn entgegen dieser Vorhoffung, sich die Arbeitslosigkeit weiter steigert — und menschlichen Ermessen nach kann es nicht anders sein — dann wird die Entmündigung ein enttäuschtes Volk zurückerufen. Diese Entmündigung kann mit dem Schicksal Deutschlands gleichbedeutend sein.

### Die Leitsätze.

Die von der Reichsregierung im Anschluß an die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat am Montag veröffentlichten Leitsätze bezeichnen als:

**Aufgabe des kommenden Wirtschaftsprogramms** zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufwendungen der gebundenen Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf den Weltmärkten und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen

## „Der Lohn unantastbar!“

Sozialdemokratische Forderungen an Brüning.

Am Montag fand in der Reichstagskammer eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Abg. Breinung das Wort, um, wie er sagte, die erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten

**Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates** zu benutzen. Breinung warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Sätze über die Bindungen und das Tarif- und Schlichtungswesen. Während von der Breinung nur in sehr allgemeinen Wendungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter mit direkten Worten als unvermeidlich bezeichnet. Es werde des weiteren erklärt, daß der Grundgedanke des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgten dann Ausführungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden. Diese Sätze würden in der Arbeiterschaft große Beunruhigung auslösen, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Anordnungsverordnung mache, würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten. Die Arbeiterschaft werde auf neue den Eindruck erhalten, als ob die Kosten der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihr zu tragen seien.

**Reichstagsrat Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald** bemüht sich, die Befürchtungen der Sozialdemokratie zu entkräften. Man müsse die Antikündigung der Lohnentwertung im Zusammenhang mit der Erklärung sehen, daß Preise und Löhne in Übereinstimmung miteinander gleichseitig herabzusetzen seien, aber man werde um die Lohnreduzierung angefragt der durch die enge Bindungen und die ausbleibenden Preisrückführungen bestimmten neuen Exportbedingungen nicht herabkommen. Was das Tarifrecht angeht, so sei das wesentliche, daß an seinem Grundgedanke nicht gerüttelt werde. Es handele sich nur darum, es mit Rücksicht auf örtliche, zeitliche und branchenmäßige Verhältnisse elastischer zu gestalten.

Die Abgeordneten Breinung und Aufhäuser stellten gegenüber den Erklärungen der Regierungsmitglieder fest, daß ihre Befürchtungen durch diese Erklärungen keineswegs getilgt seien und sie erforderten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Anordnungsverordnung mehr als bisher Rücksicht auf die Lage und auch auf die Psychologie der Arbeiterschaft zu nehmen. Eine einseitige Senkung könne natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne des Kabinetts, das durch die Wünsche und Forderungen des Beirats nicht gebunden ist, feste Umrisse angenommen haben.

Die eigentlichen Verhandlungen betrafen die Sicherung des Brotpreises und der Brotverwertung.

und Werte aufeinander“. Der Wirtschaftsbeirat hält sich hierbei auf dem Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen und diese Aufgaben durch einen unvollständigen Plan in das geschlossene u. von anderen bedingender Maßnahmen zu lösen sei.

**Voraussetzung einer Weiterführung der deutschen Wirtschaft ist der**

**Ausgleich der Währungsfrage** im Reich, bei der Reichsbank, in Ländern und Gemeinden“. Ferner sei es zur Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen Stärkung der Reparationsleistungen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuverteilung über die in Deutschland investierten Kredite hinsichtlich Begründung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde“. Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung unvollständiger wirtschaftlicher Maßnahmen eine halbe und klare Regelung der Verhältnisse zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Satz d. 3s. in dem Monat der Bankkrise getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind“.

**Zu dem Kapitel Preisbildung**

betonen die Richtlinien, daß zur Erleichterung der Aufgabe eine Ermittlung auf Preise und Löhne notwendig ist“. Unter Wahrung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Übereinstimmung miteinander gleichseitig herab-

Die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invaliden-Versicherung gegen alle Zahlungsschwierigkeiten.

Durch Reichsgebot vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, eine Erhöhung des Brotpreises vorzubereiten. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgelegenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangt die Sozialdemokratie strittige Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele

lagte die Reichsregierung bindend zu, daß die Brotkaufkraft nach ihrem Vorlauf durchgeführte, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verbilligung des Roggens vermieden werden soll.

Insdem verlangen die sozialdemokratischen Vertreter Aufhäuser, Herz und Hifferding Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe

getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für nicht ausreichend erklärt; sie verlangen vielmehr auf neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine

**Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 bis 35 pro Hund** beabsichtigt.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erklärt und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbarer Zahlungsunfähigkeit stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den bestehenden Anstalten ermöglicht, die Reichsversicherungsanstalt der Invalidenversicherung im Vorzuge ausgenutzt werden können, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, Hilfestellung zu können. Der Reichsfinanzminister sagte seine Zustimmung bei der Behandlung der bestehenden Kassenmängel der Landesversicherungsanstalten zu.

Mit dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

**Der Bundesausschuß des ADGB**

ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit den neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Leitsätzen der Reichsregierung befassen.

# Die englischen Zölle.

gefeht werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen, auch sind die erforderlichen Preisentlastungen nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen. Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende Preisliste bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem hohen Stande beherge. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

## Zur Senkung von Zöllen und Gehältern

Wird folgendes bemerkt: Der Grundgedanke der Tarifverträge muß erhalten bleiben. Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabhängigkeit seine wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zur Zeit nicht erforderlich. Dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitserklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeführt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bedrohlichen Lage der Wirtschaft und bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterungen erzielt werden können. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind kritische Berücksichtigung der zeitlichen Veränderungen, branchenspezifische und betriebliche Unterschiede, die Stellungsumstände der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.

## Die Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen

wird für erforderlich gehalten. Nach dieser Richtung hat die Reichsbahn ihre leitende Mitarbeiter zugewandt. Die Preisregulierung bedingt weiter als ihre unabweisbare Aufgabe, durch nachdrückliche Einwirkung auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden eine höhere Herabsetzung aller öffentlichen Tarife vor allem bei Straßenbahn, Gas- und elektrischem Strom hinzuwirken, um auf diese Weise Preisdrücke, die einzunehmen eintreten, durch Konsumsteuern auszugleichen.

## Auf dem Gebiet der Wohnungswirtschaft

wird eine „Herabsetzung der Mieten“ durch Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten gehalten. Auch durch Veränderungen der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft kann der Mieten der Wohnungswirtschaft entsprechende Bewegung wirksam unterstellt werden. Diese Pläne gehen dahin, den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft enger als bisher an die wirtschaftliche Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuschließen, was nicht nur für neue sondern auch für bestehende Mietverhältnisse zu gelten hat. Die Termine für das Ende der Wohnungszwangswirtschaft sind zweifelsfrei weiter vorzurücken; Voraussetzung dafür ist aber die Sicherstellung eines sozialen Mietpreises. Ebenso tritt der Bedarf der Reichsregierung hinsichtlich des Hausinstanzproblems bei. Hieraus muß dieses sofort und endgültig geregelt werden, wobei allerdings eine sofortige völlige Aufhebung nicht möglich erscheint.

Des weiteren werden auf dem Gebiete der Kredit- und Finanzfrage, der Bankenorganisation, der Schiffahrt und der Landwirtschaft Vorstöße gemacht.

## Zur Landwirtschaft

wird bemerkt, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsminister hält daher einen Ausgleich und eine Verzerrung der in vielen Gebieten noch besonders hohen Preispannen für geboten. Konsumsteuerauslässe und öffentliche Lebensmittel der Preise wäre ein Mittel, damit Produzent und Konsument unter möglicher Ausdehnung des Zwischenhandels zu ihrem Recht kämen.

## Die Finanz-Sanierung.

### Umsatzsteuer auf 2 Prozent?

Der Reichsfinanzminister wird im Verlauf des heutigen Vormittags im Haushaltsausfluß des Reichstages über die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden eine Erklärung abgeben.

Ununterbrochen kreisen darüber, daß die Reichsregierung zur Ausbesserung der Staats nicht nur die Erhöhung der Umsatzsteuer, sondern auch die Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer ermöglicht. Die Umsatzsteuer soll angeblich von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erhöht werden.

## Friedrich Bartels Nachfolger.

### Als Präsident des Landtags.

Als ausführender Kandidat für die Nachfolge des verstorbenen preussischen Landtagspräsidenten Friedrich Bartels gilt der sozialdemokratische Abgeordnete des preussischen Landtags, Robert Winert, der bereits vor Jahren einmal Präsident des preussischen Landtags war. Der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion des preussischen Landtags wird sich heute mit der Frage befaßt und den preussischen Sozialdemokraten einen entsprechenden Vorschlag machen. Die Wahl des neuen Landtagspräsidenten ist für Donnerstag angelegt.

## Wut gegen Republikaner.

Von einem deutschnationalen Abgeordneten des preussischen Landtags war durch mehrere Anfragen an die Regierung der fälschliche Eindruck erweckt worden, als ob der preussische Finanzminister Klepper nicht nur das Gehalt eines Ministers sondern als früherer Präsident der Preussenschaft auch noch Zuwendungen von dort bezöge. An seiner Antwort auf diese iedenfalls Anfragen stellt der preussische Ministerpräsident fest, daß Klepper keine Sonderzuwendungen bezieht und ihn mit seiner Werbung zum Finanzminister auch Zuführungen seitens der preussischen Staatsregierung nicht gemacht worden sind. Schließlich beantragt der preussische Ministerpräsident dem deutschnationalen Antrag noch, daß Klepper bei dem Genossenschaftstag in Soltau im Juni 1930 sitzen gelassen ist, als sich die Verammlung zu Ehren des deutschnationalen und republikanischen Reichstagspräsidenten von Wasthien erhob.

Auf Grund des Antidumpinggesetzes hat der englische Handelsminister Ende der verflochtenen Woche die angedienten englischen Wertpapiere veröffentlicht. Sie sind schärfer ausgefallen, als zu befürchten war. Für einen erheblichen Teil industrieller Wertpapiere sind Wertpapiere in Höhe von 50 Prozent in Kraft gesetzt worden, die ab Mittwoch, dem 25. November, wirksam werden. Nicht bloß die hiermit für einige Wertpapiere festgesetzten Schutzzölle, sondern die Wertpapiere der chemischen, keramischen Waren, Stoffhandelswaren, Papierwaren, sind von ihrem bisherigen Satz von 33 1/2 Prozent auf 50 Prozent erhöht worden, sondern der Preis der Zollpflichtigen Waren ist ganz wesentlich erweitert worden.

Für viele Gebiete der Textil- und Bekleidungsindustrie, für die Wolllwirtschaf und Leinwandindustrie, ferner für die Herrenkonfektion und Lederhandelsindustrie, ist der ergebene hohe Schutzzoll von 50 Prozent geschaffen worden. Dagegen werden Wertpapiere in Höhe von 50 Prozent auf die Einfuhr von Werkzeugen, Schweißmaschinen, Ansaugern, Teppichen, Radioapparaten, kosmetischen Waren, Gummirufen u. a. mehr gelegt.

Nach den bisherigen Londoner Preisformularen sollen die Zollpflichtigen Waren nach den Einfuhrpreisen von 1930 eine Wertminderung von circa 600 Millionen Mark umfassen. Das entspricht etwa 10 Prozent der englischen Wertwarenimporteure von 1930. Jedoch handelt es sich um die hier angegebene noch um eine Untererschätzung. Nach den Einfuhrpreisen der ersten zehn Monate des laufenden Jahres hielten von nun an etwa 15 Prozent der englischen Wertwarenimporteure mit dem 50prozentigen Wertoll befreit sein. Dieser Zollfuß dürfte zugleich der 20prozentigen Fundamentierung auf zahlreichen Gebieten prohibitiv, wie eine Einfuhrzölle wirken. Nur solche deutschen Exportwaren, die schon bisher auf Grund ihrer Qualität und Beliebtheit für den englischen Markt unentbehrlich sind, werden möglicherweise über diese erhöhten Zölle hinwegkommen.

Von den englischen Zöllen werden in erster Linie die kontinentalen Länder, insbesondere Deutschland, die Tschechoslowakei und Dänemark, aber auch Frankreich und Belgien betroffen. Besonders schwer sind die Auswirkungen für die deutsche Exportindustrie. Die deutsche Ausfuhr nach England betrug im Jahre 1930 insgesamt 1219 Millionen Mark, in den ersten drei Quartalen 1931 = 800 Millionen Mark. Auf die mit dem neuen Wertoll belegten Waren entfallen hieron circa 150 Millionen Mark, also fast 20 Prozent der deutschen England-Ausfuhr. Einen ganz schweren Schlag erhalten einzelne Zweige der deutschen Textilindustrie, insbesondere die feinsten Seiden- und Baumwollgewebe, die feinsten Stoffhandelswaren und die Wolllindustrie. Von der großen deutschen Ausfuhr an Kunststoffe-

strümpfen nahm England bisher die Hälfte ab, von dem Export an Stoffhandelswaren ein Drittel. Mehr als 40 Millionen Mark betrug in den ersten neun Monaten die Ausfuhr an Wolllstoffen und sonstigen Wolllgeweben nach England. Aber auch zahlreiche andere Industriezweige und deren Arbeiterkräfte werden unter den Folgen der englischen Zollmaßnahmen zu leiden haben. Auch wenn man noch berücksichtigt, daß es sich bei diesen Maßnahmen in Kraft getretener Zollmaßnahmen nur um die ersten Zeit- und Änderungen handelt und es ist zu befürchten, daß noch weitere Zollmaßnahmen, insbesondere zugunsten der englischen Schwerindustrie, folgen können.

Für England bedeutet dieses neue Zolltutet einen Bruch mit der bisherigen Tradition der weitgehenden Ausfuhrerleichterung des Freihandels. Von Englands Übergang zu einem überlegierten Protektionismus sind aber die argsten Auswirkungen hinsichtlich Abwehrmaßnahmen und weitergehender Abwehrung im gesamten Außenhandel zu befürchten. Nun muß man freilich England auch gute halten, daß die englische Zollpolitik sich infolge des zusehends angeschwollenen Defizits der Handelsbilanz in einer gesahrlollen Lage befindet. Die englischen Ausfuhrverluste betragen in den laufenden drei Monaten 3 1/2 Milliarden Mark. Das Defizit der englischen Handelsbilanz erreichte im gleichen Zeitraum die Riesenziffer von 7 Milliarden Mark. Trotzdem ist der Weg, der hier eingeschlagen wird, falsch und kann auch für England mehr Schaden als Nutzen stiften. England ist nach seinen großen Exportverlusten in Übersee wie es auf den festländischen Weltmärkten angegriffen. Die kontinentalen Länder werden die überlegierten protektionistischen Maßnahmen Englands nicht gefallen lassen. Diesem gegenüber wäre es freilich, den Versuch zu machen, wie es hier und da von der deutschen Industrie empfohlen wird, durch weiteren Zollrücktritt die englische Zollbarriere zu überbringen. Dies erscheint angesichts der Höhe der englischen Zölle von vornherein aussichtslos und selbst, wenn es zeitweilig gelänge, löst die vorausgesetzte Folge, daß England durch weitere Zollrücktritt seine Lage sehr verschlechtern würde. Also eine Schraube ohne Ende.

Die englischen Zollpölle gelten zunächst nur für 6 Monate. Eine endgültige politische Entscheidung darüber ist nach nicht gefallen und ist, so lauten die englischen Meldungen, nicht vor Anfang nächsten Jahres zu erwarten. Die Zwischenzeit muß zu internationalen Verhandlungen ausgenutzt werden. Die englischen Maßnahmen sind ein neues Zeichen, daß die europäische Kredit- und Währungsnotlage befristet bereinigt werden muß, wenn nicht ein völliger Zerfall der internationalen Austausch- und Wirtschaftszusammenhänge mit einer weitgehenden Überforderung über eintritt. Ist die zwingende Notwendigkeit zur Bekämpfung der Krise und zur Berammung führen müßte.

## Der „Landesverrat“ der Weltbühne.

Beide Angeklagte zu je 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.



Walter Kreiser. Carl von Offelt.

Der Schriftsteller Walter Kreiser und der Redakteur Carl von Offelt wurden vom Reichsgericht mit geheimer Verhandlung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Kreiser hatte in der Zeitschrift „Die Weltbühne, die von Offelt als verantwortlicher Redakteur herausgegeben wird, einen Aufsatz über Zustände in der deutschen Luftfahrt veröffentlicht, dessen Inhalt vom Reichsgericht als Verrat militärischer Geheimnisse angesehen wurde.

Der Vorliegende teilte zu dem Urteil mit: „Da die tatsächliche und rechtliche Würdigung des intimierten Artikels durch das Gericht naturgemäß nicht erfolgen kann, ohne die in Rede stehenden geheimen Nachrichten zu erwähnen und zu beschreiben, hat der Senat gemäß § 173 Abs. 2 des Reichsverfassungsgesetzes beschlossen: Für die Verkündung der Urteilsgründe wird die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchten läßt. Es wird den Herren Sachverständigen des Reichsgerichtsinstitutarium gestattet, der Verkündung der Urteilsgründe beizuwohnen.“

Das Urteil ist außerordentlich hart. Es muß insbesondere in den Ausland den Eindruck erwecken, als wären im Reichsland, der in den intimierten Artikel nicht standhalten könnten.

## Die Not der Bauarbeiter.

Der Wohnungsausfluß des Reichstages begann am Montag mit der Beratung der sozialdemokratischen Anfrage zur Wiedereingliederung des Wohnungsbaus und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Abg. Bernhart (Soz.) äußerte sich eingehend über die Krise der Bauwirtschaft. Nach den Unterlagen des Baugewerksbundes betrug die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe 1928: 6,5 Proz., 1929: 12,5 Proz., 1930: 47,1 Proz., die Ost. 1931: 60 Proz. u. jetzt 78 Proz. Das bedeutet bei einem Umsatz im Baugewerbe von nur etwa 3-9 Milliarden Mark je Jahr einen Lohnverlust von 3,76 Milliarden 1930 und 5,2 Milliarden Mark 1931. Dazu komme, daß nach den Feststellungen des Bundes 270.000 Bauarbeiter mehr als ein Jahr, und 180.000 mehr als ein halbes Jahr arbeitslos seien, während der Bauarbeiter jetzt im Jahre überhaupt nur 17 Wochen beschäftigt werde. Der Ausfall an Löhnen, Sozialbeiträgen und Steuern ist so erheblich, daß sich hieraus schon die Verheerung der höchsten Beschäftigungskategorie ergibt. Auch die Bekämpfung, daß der Wohnungsbedarf eingestellt werden könnte, weil angeblich kein Wohnbedarf mehr bestünde und viele Wohnungen leer ständen, sei falsch und übertrieben. Nach Feststellungen des Baugewerksbundes standen in 174 Proz. Mittel- und kleineren Gemeinden Anfang 1931 6000 Neubauwohnungen, darunter allein in Berlin 1800, leer, gleich 1 1/2 Prozent der Neubauwohnungen in diesen Orten. Der

Bedarf an kleinen Wohnungen bestände nach wie vor, er müßte gedeckt werden, um den Arbeitsmarkt wieder zu beleben. Da dies nicht aus Privatmitteln geschehen könne, müsse die öffentliche Hand eingreifen und die Hausinspektoren wieder dem Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Der Vorliegende Abg. Ripinski (Soz.) erwiderte die Regierung um Auskunft, was aus der Hausinspektoren nach der vielen Tatsachen nach für den Wohnungsbau übrig bleibe und merktel Mittel der Hausinspektoren, die für den Wohnungsbau bestimmt gewesen seien, von den Ländern und Gemeinden für andere Zwecke verwendet worden seien.

Ministerialrat Baasche vom Reichsfinanzministerium schätzte das Aufkommen der Hausinspektoren, nach Abzug der 20 Proz., die den Hausinspektoren für Erhaltung der Anwesenungen zugewiesen worden seien, für 1932 auf 900-1000 Millionen Mark. Das ginge 120 Millionen für die Umschuldung der Gemeinden ab, 700 Millionen würden die Gemeinden für ihren Bedarf benötigen, dann seien die Gelder für die Zielungen und die Zinszuschüsse der Gemeinden für Senkung der Mieten zur Verfügung, so daß tatsächlich nichts für den Wohnungsbau übrig bliebe. Aber die Summe der Mittel für den Wohnungsbau von den Ländern verwendeten Hausinspektorenvermögen die Regierung keine Auskunft zu geben.

## Neue Spannung im Ofen.

### Chinesische Bedingungen.

Paris, 24. November. (Fig. Draht). Der chinesische Vertreter Sze hat dem Völkerverband im Auftrag seiner Regierung ein Memorandum über die Vorstöße betreffend die Ernennung der Studienkommission überreicht. Darin heißt es, daß eine Unterhandlung, die nicht von Maßnahmen begleitet ist, die zu gleicher Zeit die soziale Arbeiter der Arbeiterparteien und den Rückzug der japanischen Truppen gewährleisten, von China nur als ein Ausweg angesehen werden würde, der es erlaube, die unbedingte Befreiung chinesischen Gebietes zu tun und während eines unbestimmten Zeitraums zu verlangen. Es sei also China unmöglich, den Vorschlag zu prüfen oder an der Ausarbeitung des endgültigen Textes mitzuwirken, solange die vorher erwähnten Grundlinien nicht in geeigneter Form festgelegt sind.

China ist sehr enttäuscht, der Kommission nur zuzustimmen, wenn in dem Entwurf deutlich zum Ausdruck gebracht wird, daß Japan sofort mit der Räumung der besetzten Gebiete beginnen muß. Der chinesische Delegierte Sze hat dies in einer längeren Unterredung, die er am Montagabend mit Briand hatte, nochmals betont und den Völkerverband dringend gebeten, eine der Forderungen Chinas entsprechende Lösung zu finden. Er erklärte, er wolle den Entschliessungsentwurf gern seiner Regierung unterbreiten, er sei sich aber schon im voraus über die Antwort seiner Regierung klar.

Zurück in der Ratskammer am Montag protestierten mehrere Delegierte gegen die japanische Forderung, die Räumung der besetzten Gebiete und das Aufheben der Feindseligkeiten nicht mit der Schaffung der Kommission in Verbindung zu bringen. Es waren dies vor allem die Vertreter von Spanien, Estland und Norwegen. Durch die Erklärung Chinas ist die Stimmung unter den Ratsdelegierten nun wieder sehr pessimistisch geworden. Dagegen ist die Ernennung des früheren chinesischen Völkerverbandsdelegierten Wellington-Koo zum Vizepräsidenten Chinas jetzt günstig aufgenommen worden, da Wellington-Koo als Mann von vorbildlichem Charakter gilt.

## Der Heberfall auf Jürgelbel.

Der der Strafkammer des Reichsgerichts I Berlin begann am Montag die Revisionserörterung gegen den 23jährigen Schneider Heber, der sich in einer Gerichtsverhandlung im November vorigen Jahres auf den früheren Berliner Polizeipräsidenten Jürgelbel stützte, um mit dem Bundesrat „Arbeitermörder“ beschimpft und ihn mit der Faust ins Gesicht schlug. Der Angeklagte ist in der ersten Instanz zu 5, in der zweiten zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt worden.







Zentrale und auch die Verteilungstelle 1 sich befindet, abgefordert. Es bedürfte noch vieler Auffklärung um alle Mitglieder davon zu überzeugen, daß die Genossenschaft besser im vereinsgesetzlichen Umkreis untergebracht ist, als in einem solchen, das nur gemeinrechtlich ist.

Die allgemeine Konvention der Jahre 1892-95 führte zu einer Konferenz der Konsumvereine des Harzgebietes in Altenburg. Auf dieser wurde ein Repetitorium beschloffen, dem damaligen Reichstagsabgeordneten des Reichstages Rimpf in GutsMuths ein Denkmal zu überreichen sollte, damit er seine Stimme im Reichstag zu Gunsten der Konsumvereine erhebe. Eine im Protokoll vorhandene Notiz gibt Aufklärung über den Erfolg. Der Abgeordnete Rimpf erklärte, Gegner der Konsumvereine zu sein, aber er wolle verhandeln, Härten zu vermeiden.

Durch den Ausschluß von 98 Genossenschaften auf dem Genossenschaftstag in Kreuznach waren auch hier die Meinungen sehr geteilt, ob man die Genossenschaft durch einen angestellten Geschäftsführer geleitet. Von 1871-75 waren die verantwortlichen Geschäftsführer: Gustav Förber, von 75-103 A. Erdmenger, bis 1920 Gen. Karl Lindemann. Als erster Angestellter fungierte Fritz Hoff und von 1921 ab hat diesen Posten der Gen. Ferdinand Calwedel inne. Allen diesen Bionieren der Genossenschaftsbewegung, aber auch allen, die mit Rat und Tat zur Genossenschaft in diesen 60 Jahren gestanden haben, sind mit heute zu Wort verpflichtet.

Die Primarperiode des Städtischen Fürst Otto-Gymnasiums bringen in diesem Jahre ein Drama des Euripides „Alkestis“ in einer Uebersetzung von einer Gruppe von vier Viertelsstuden eine überaus lustige Bearbeitung des gleichen Stoffes in dem Auftrage von Oberhart König. Spielzeit am Donnerstag dieser Woche um 7.30 Uhr, am Freitag um 4.15 Uhr und am Sonnabend um 8 Uhr. So ist auch der Geschäftsführer der Genossenschaft, der die Aufführungen zu besuchen. Und wer nicht gerne spät abends über die Straße geht, kann die Nachmittagsvorstellung sich ausbuchen. Karten zu 1 Mark und 80 Pf. für die Mittelschule und zu 50 Pf. für die Sektionsmitglieder zu haben durch die Gymnasialkassen und durch die Buchhandlungen von Jordan und Schulte. Der Beiratsrat steht zu einem Drittel der Mitglieder zu, zu zwei Dritteln der Aufführung des in dieser Zeit zu arg beschnittenen Schauspielplans der Ansicht.

Die Lotterie der Arbeitervereinslotterie, die am 19. und 21. Dezember ds. Js. im Berliner Gewerkschaftshaus gezogen wird, bietet bei einem Hauptgewinn von nur 50000 Mark 148 696 Gewinne und 2 Millionen im Gesamtvermögen von einer halben Million Mark. Die Gewinner sind in drei Klassen eingeteilt. Die Hauptgewinne im Werte von 5000 — bis 20 000 — Mark sind ebenfalls Landhäuser. Daneben gibt es hunderte Gewinne mittleren Wertes von 50 Mark bis 1000 Mark. Der Spielplan wird ergänzt durch fünfzehnhundert Gewinne im Werte von 5 Mark und 10 Mark. Schließlich gibt es als Trostpreise noch ca. 100 000 Spezialgewinne. Sie bestehen aus reifenen Bekleidungsgegenständen (Häute, Schuhe und Messer), reifenen Kaffeemaschinen, prima Wasserapparaten mit einigen Klingen in Nickelstahl, Küchengeräten (Aufhängeschüsseln und Brotmesser, Weichschneidmesser, praktisches Büchsenöffner, Kartoffelkochen und Kartoffelzähler) sowie unerschöpflichem Geld. Alle Gewinne werden auf Verlangen um 90 Prozent ihres planmäßigen Wertes auch in Bargeld eingelöst, jedoch ein jeder Wunsch schriftlich gemacht werden. Die Gewinnerlisten sind bei jeder anderen Lotterie zu günstig, zumal der Preis des Loses ein recht geringer ist. Der Kauf eines Loses darf von jedem erwartet werden, denn die Einnahmen aus der Lotterie kommen reiflich dem notleidenden Proletariat zugute.

Jadmer, während Robine sanft mit dem Kopf wackelt, ohne das Kinn von dem Kopfe seines Stodes zu entfernen. Schließlich kann man infolge einer Bemerkung Gwadows auf die Frauen zu sprechen.

Die Frau, erklärte Charret runderherum, ist dem Manne gleich und darf darum in allen Dingen mit ihm sein. Die Frau ist einfach eine Geschlechtsverbindung... Alles zu gleichen Rechten; ist's nicht so, Clemece?

Gewiß, erwiderte die junge Frau, den Kopf an die Glaswand gelehnt und in die Tiefe starrend.

Doch Florent sah jetzt den Martinkrämer eintreten, und den starken Alexander, den Freund des Claude Vanier. Diese beiden Männer hatten lange an dem anderen Tische des Wirtshauses gesessen; sie gehörten nicht derselben Gesellschaft an, wie die Herren im Estradamer. Aber die Wirtin führte sie zusammen Charret, in dessen Augen sie das Wort darstellten, beehrte sie sehr energisch, während Gwadow als vorurtelstarker Geschäftsmann mit ihnen anließ. Alexander war ein gut gefitteter Riese, mit der Miene eines zufriedenen, großen Kindes. Der alternde und verwitterte Baccille, erschröpfte von seinen allseitigen Wanderungen durch die Straßen von Paris, betrachtete zuweilen mit argwöhnischen Augen die piekrischere Miene, die guten Schurz und den dicken Überrock des Herrn Robine. Baccille und Alexander ließen sich noch ein frisches Glaschen einschenken, und jetzt, da die Gesellschaft vollständig war, wurde das Gespräch lebhafter als bisher fortgesetzt.

Durch die halb angelehnte Türe des Kabinetts sah Florent wieder Fräulein Gogel, die vor dem Schanzpulte stand. Sie hatte eine Blässe unter der Schürze herabgezogen und sah stolz zu, die die Blässe mit einem großen Maß Schammassekräft und einem tiefen Maß Braumwein füllte. Dann verschwand die Blässe abermals unter der Schürze; die Hände verdeckt haltend, plauderte Fräulein Gogel eine Weile in dem breiten, hellen Widerschein des Schanzpultes gegenüber dem Spiegel, in dem die Widerschatten und die Weiber ausblenden eine Reihe genehmigter Exemplare. Des Weiteren schaute sie mit argwöhnischen Blicken aus seiner Einrichtungsgegenstände von Metall und Glas. Das alte Mädchen in ihren schwarzen Kleidern bildete einen dunklen Fleck — gleich einem Käse — in allen grellen Licht. Als Florent sah, daß sie verlor, trat ins Gespräch zu ziehen, vermute ich, daß sie durch die halb offene Tür ihn bemerkt habe. Seitdem er in den Dienst der Herren eingetreten war, begegnete er ihr auf Schritt und Tritt in den bedeckten Gängen zumest in Ge-

## Die Funfstunde wirkt.



Rundfunk-Konzert in Weinigerode.

Die Funfstunde Berlin veranstaltete in diesen Tagen in den Sälen des Rathhauses Weinsfelder und Böttcherie und Böttcherie zur Werbung neuer Rundfunkhörer. An der Spitze steht die beiden Weinsfelder neuer Rundfunkhörer. An der Spitze steht die beiden Weinsfelder neuer Rundfunkhörer.

Reichsrod der Kreisgesellschaft. Am Sonntag findet in Weinsfeld in der von Hofischen Wirtin die Kreisgesellschaft des Reichsbundes der Kreisgesellschaften, hat. Der Gauleiter Kom. Weinsfelder hat anwesend. Donnerstag, 20 Uhr, im Gemeindefestsaal treffen sich die vier gemeindefestigen Kreisgesellschaften. An der Spitze steht die beiden Weinsfelder neuer Rundfunkhörer.

Lehars „Lustige Witze“ im Rathaus. Am Donnerstag, den 3. Dezember, findet im Rathaus eine Aufführung der Stadttheaters halberstadt mit Lehars lustiger Operette „Die Lustige Witze“ hat. Diese Operette, die den Namen des Meisters vor 25 Jahren in alle Welt trug, ist heute noch so frisch wie am ersten Tage und liefert das Publikum durch den hierdurch Schöpfung ihrer Wirtin. Die Vorstellung ist die 4. Aufführung der Operette. Die Vorstellung ist die 4. Aufführung der Operette. Die Vorstellung ist die 4. Aufführung der Operette.

## Aus Halberstadt

### Arbeiterchaft und Rundfunk.

Für die Zulassung weltanschaulicher Darbietungen im Rundfunk hat die Reichsregierung Richtlinien erlassen, die auch die Arbeiterchaft betreffen. In diesen Richtlinien ist die Arbeiterchaft als ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung bezeichnet. Die Arbeiterchaft ist als ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung bezeichnet. Die Arbeiterchaft ist als ein wichtiger Bestandteil der Bevölkerung bezeichnet.

Dieser Erlaß gibt selbstverständlich auch den Anhängern der sozialistischen Weltanschauung das Recht, im Rundfunk zu Wort zu kommen.

kommen. Dies geschieht aber leider noch längst nicht im ausreichen Umfange. Vielmehr haben sowohl die Arbeiter-Kultur-Karteile als auch der „Deutsche Arbeiter-Kultur-Verein“ von ihrem Recht einen sehr jaghaften Gebrauch gemacht. So fanden z. B. in Berliner Sender im vergangenen Jahre 46 evangelische, 14 katholische und nur 7 freigeistige Morgenzeiten statt. Für die Berliner Reichshalle ist das Recht überwiegen der kirchlichen Feiern besonders auffällig. Bei den übrigen Sendern liegen die Dinge aber nicht anders, er kommt die Besorgung der Kirche dabei noch stärker zur Geltung. Dies trifft vor allem auch für die Weinsfelder und Weinsfelder zu, in der die Rundfunkprogramme mit freigeistigen Sendungen bis zur Unerträglichkeit überladen sind.

Vor zwei Jahren wies das genannte Rundfunkprogramm etwa 300 Wochenabendeleistungen auf gegenüber rund zehn Besprechungen, die der sozialistischen Arbeiter-Kultur-Verein nachnahmen. Dagegen schriebe Weinsfelder erob sich auch im Vorjahr, als 965 weinsfelder religiösen Sendungen drei freigeistige Morgenzeiten genutzten. Diese Zahlen beweisen zur Genüge, mit welcher Ungleichheit im Rundfunk gemeint wird. Von der Durchführung der erwähnten Richtlinien des Reichsinstitutens, wonach alle Weltanschauungen gleichberechtigt sind aber mindestens nach der Bevölkerungszahl berücksichtigt werden sollen, ist in den Sendeprogrammen keine Spur zu entdecken. Angehörige der benachteiligten Weltanschauung dürfte es daher notwendig sein, daß die Sendebestimmungen durch das Reichsinstitut mit Nachdruck an die geltenden Bestimmungen erinnert werden.

Die Berliner Weinsfelder. In der Nacht zum 23. November wurden aus einem Grundstück am Rosenfeld der Berliner Weinsfelder gestohlen. Die Diebe überfielen den Gartenzaun, führten unermüdet ihren Diebstahl aus und verschwand, ohne daß irgendwelche Wahrnehmungen gemacht wurden. Die Kriminalpolizei stützt um Mitteilung von Personen, die den Diebstahl bemerkt haben oder deren Verbrechen angeht.

Ein Schaulaufen erwidert. Am 20. Sonntag Montag wurde der Schaulaufen eines Geschäftes auf dem Breitenweg erwidert. Der Dieb erwiderte zwei Bücher. Es handelt sich um den Roman „Zwei Menschen“ von Richard Kof. Man nimmt an, daß hier ein junger Mann das Risiko eines Diebstahls auf sich genommen hat, um den Roman den er vorher vielleicht im Lammeln gelesen hatte, in Buchform zu besitzen. Ein Verdict auf irgend eine Person besteht nicht.

Der tägliche Fahrabstufung. Gestern nachmittag wurde aus dem Hofe eines Grundstücks in der Schürze eine Damendackelkarte, O. B., mit schwarzem Rahmen, gelben Fäden und gewöhnlicher Entlang, roter Bereifung und Wolfs-Zicht entwendet. Zweifelhafte Nachrichten erhielt die Kriminalpolizei am 18. Dezember, daß ein 75-Jähriger des Genossen August Binar auch es natürlich seien, daß er am 23. November 1896 (nicht 1899) geboren ist.

Jugendweise 1932. Es wird noch einmal darauf hingewiesen, daß die Bestimmungen der Kinder zur Jugendweise schon jetzt erfolgen sollen, damit auch die Teilnahmestufen festgelegt werden können. Änderungen können beim Gassenhändler, Gassenhändlerstraße 6 und in der Buchhandlung des Halberstädter Tagesblattes abgegeben werden.

Zusammenarbeit der Gerichte mit Vormundschaftsgericht und Jugendamt. Die Erfahrung lehrt, daß vor dem Arbeitsgericht und Landesarbeitsgerichte nicht selten Verfahren zur Sprache kommen. Eine Mitteilung an das Vormundschaftsgericht oder an das Jugendamt ist notwendig, insbesondere in Fällen, die die Erziehung betreffen, die die Notwendigkeit fürsorglicher Maßnahmen erkennen lassen. Wenn auch bereits zahlreiche Gerichte in solchen Fällen zum Schutze der gefährdeten Minderjährigen in dem Vormundschaftsgericht oder dem Jugendamt in Verbindung zu treten pflegen, so hat sich die Reichsregierung verpflichtet, durch einen Erlaß dieses Verhältnisses nachdrücklich zu empfehlen, da es die Jugendfürsorgliche Arbeit der Vormundschaftsgerichte und der Jugendgerichte wesentlich fördert. Ob im Einzelfalle eine Mitteilung an das Vormundschaftsgericht oder an das Jugendamt oder an beide Behörden zweckmäßig erscheint, wird sich aus den Umständen des Falles ergeben.

Geruch eines dicken, kindlichen Mädchens auf. Er war glücklich ob der Beifügung der Vorbänge, ob der kindlichen Spielerei mit den Geruch eines dicken, kindlichen Mädchens auf. Er war glücklich ob der Beifügung der Vorbänge, ob der kindlichen Spielerei mit den Geruch eines dicken, kindlichen Mädchens auf. Er war glücklich ob der Beifügung der Vorbänge, ob der kindlichen Spielerei mit den Geruch eines dicken, kindlichen Mädchens auf.

Das Abendbrot es ihm eine große Zerstörung, sich an das Fenster des Manfadenbüchens zu setzen. Dieses Fenster war eigentlich ein kleiner Balkon, im Fundament, ein Balkon mit hölzernen Geländern, wo Augustine einen Granatenbaum in einem Stuhl legte. Seitdem die Nacht fast war, nahm Florent den Granatenbaum des Abends in seine Hand und ließ ihn über Nacht an Fuß des Bettes stehen. Er pflegte einige Minuten am Fenster zu stehen, so kräftig die frische Luft ein, die von der Sonne kam, über die Hügel der Altona-Strasse hinweg. Ihnen konnte er unbehelligt die Hügel der Altona-Strasse beobachten sehen. Sie gingen hinter den Fenstern der Hügel der Altona-Strasse irgendwer Fensterhebel den Silbergläser einer Welle tangen ließ. Weiterhin lagen die Hügel des Westparks und des Westparks in einem noch tieferen Dunkel; sie glühten nur mehr einer Anbahnung von Schatten, die den Horizont zurückdrängten. Er freute sich des großen Bildes. Dieses Bild war ein Bild, das er sich hatte, die er auf der Hügel der Altona-Strasse beobachtet hatte. Dann klopfte er fröhlich das Fenster. Oh, wenn er vor dem Kamin liegen fassen fragen abtante, bemerchte ihn die Photographie von August und Augustine; hat in Hand, mit ihrem matten Lächeln, sah er ihm zu, wie er sich entließ.

Der ersten Waden, die Florent im Park für Seefische zubereitete, waren sehr reichlich. Bei der Familie Weinsfelder war er auf eine freundschaftliche Weise, die ihn mit dem ganzen Markt in Verbindung brachte. Die schöne Normandin wollte sich an ihm rächen, und der Bettler war ein geliebtes Opfer.

(Fortsetzung folgt.)

### Aus Wehrstedt

m. Den Lichtfordortrag „Im Westen nichts Neues“ hält Genosse Schütte am Donnerstag, dem 26. November, 20 Uhr, bei Genosse Raetz. Alle Parteimitglieder sind herzlich willkommen.

### Kreis Halberstadt

Darbeschl. 22. November. Das Ehepaar Jakob Hanslich et konnte kürzlich das Fest der silbernen Hochzeit feiern. Wir gratulieren noch nachdrücklich.

Am 23. November. Am Sonnabend fand eine Gemeindevorberatung statt der Gemeindevorsteher berichtete über die Neuverpachtung der Gemeindegeländereisen. Nachdem das Für und Wider einer Aufkündigung des Kreises Halberstadt genügend erörtert war, wurde eine Aufkündigung einstimmig angenommen, welche für die Aufkündigung des Landbesitzes ist. An nichtöffentlicher Sitzung wurden noch Armen- und Steuerloosen verhandelt. — Beim Tischfermenter fußt in Dersche in wurde eingehend über den Bau und den Betrieb des Gerätes gesprochen. Die Bedenke müssen mit der Deckeltheit der Gerichte gehen, denn sie stoßen nur auf Studenten und ausgeübte Bäcker.

### Aus Döberitz

a. Eine Gewerkschaftsversammlung findet am Mittwoch, dem 25. November, 20 Uhr, im „Rindhauser“ statt. Kollege Otto Wolff, Halberstadt spricht über „Die Aufgaben der freien Gewerkschaften in der Zukunft“. Die Vorstände der Gewerkschaften müssen unbedingt erscheinen.

a. Die Arbeiterwohlfahrt hält am Mittwoch, dem 25. November, 20 Uhr, in der „Grünen Tanne“ die fällige Monatsversammlung ab.

### Aus Thale

h. Gedicht der Toten. Diese Worte waren das Motto der Totengedenkfeier der S. M. A. am Sonntag im kleinen Saal des Volkshausgebäudes. Feierliche Stille lag im würdevollen, aber bewegten Raume. Da erschallte die Musik, die den Toten zu Ehren zu spielen begann. Die ausfindigen in dem Musik, die Toten zu ehren, über die Lebenden nicht zu vergessen. Paus und schickte auf die Feier.

### Aus Quedlinburg

a. Arbeitergemeinschaft junger Sozialdemokraten. Am Mittwoch, dem 25. November, um 20 Uhr, findet unsere Arbeitergemeinschaft statt. Thema des Abends ist: Probleme des Sozialismus. Wir bitten um zahlreiches Erscheinen der sich interessierenden jungen Genossen. Der Parteivorstand ist eingeladen.

a. Elternabend der Neffstalten. Die Neffstaltengruppe der Arbeitervereinsvereine führt am Sonnabend, 20 Uhr, im Jugendheimklub ihren Elternabend durch. Dort werden die Allerhöchsten aus der sozialistischen Bewegung ihr Können zeigen. Alle Eltern und Freunde sind herzlich eingeladen.

h. Dumme Jungenfreier. Einige junge Burlesken trübten in der Sonntagnacht ihr Unwesen. Quert klinken sie ihr Können an einer Gaslaterne in der Rathausstraße, die sie mit Steinen zu zertrümmern versuchten. An anderen Stellen traten sie mit den Füßen gegen Gaslaternen, so daß die brennenden Lampen ausgingen, damit nicht genug, verprügelten sie noch die Wände umher. Das ging natürlich nicht ohne entsprechenden Ärger vor sich. Dann zogen sie weiter über die Volk-Brücke und warfen in den angrenzenden Häusern einige Feuerkörbelein ein, jedoch die Bewohner die Kölliden herabzulassen mußten. Die Burlesken wurden erlappt.

h. Diebstahl. Aus dem Keller der Volkshaus wurde einem Jungen ein Fahrrad gestohlen. Es handelt sich um ein Damenrad, fahrbare Marke „Hobby“. Ein kleiner Gefährlichkeitsfall wurde in der Nacht zum Sonntag in der Lindenstraße 21 ausgeführt. Dort stachen Diebe aus dem Hinterhalt fünfzehn Hülsen und einen Hahn, die sie anscheinend nicht mitnähmen. — Ein weiterer Diebstahl wurde bei der Firma Sperling ausgeführt, wo in letzter Zeit etwa acht bis zehn Zentner Weizen gestohlen wurden.

h. In dem Kaufbureau. Über den vorberichten ist noch zu machen, daß die Täter zwei junge Burlesken im Alter von 17-18 Jahren und zwar der Dachdeckerlehre Albert B. und der Tischlereilehre Oskar S. aus Gerode sind. Sie schlugen dem Uhrmachermeister B. mit einem dicken Knüttel 2mal über den Kopf, so daß er blutüberströmt zumalumband. Die Täter wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

### Beim Schneeschuhmacher.



Neue Stier werden gerichtet.

Der Winterportier, der in wenigen Wochen seinen Sport aufnehmen will, stellt schon jetzt an den Spezialist, der ihm die schmalen Schneeschuhbretter liefert, höchste Anforderungen. Mit größter Sorgfalt müssen die neuen Stier aus dem harten überreifen Holz geschliffen und in die richtige Form gebracht werden, bevor sie der Schneeschuhmacher für die erste Fahrt anschnallen kann.

## Günstige Finanzlage Döberitzers Lebens.

### Auf Antrag der Sozialdemokraten eine Weihnachtsbeihilfe für die Hilfsbedürftigen.

In der Stadtratsversammlung am Montag gab der Magistrat einen Bericht über die Finanzlage der Stadt.

Der Magistrat sprach hierzu u. a.: Haushaltsplan und Kasse werden wesentlich davon beeinflusst, daß es auf Grund der uns von der Stadtratsverwaltung-Verwaltung erzielten Ermäßigung nicht gelang, die veranschlagten Mittel herbeizubringen zu bekommen. Die Möglichkeit beständiger Anleihen zu schaffen, waren die Bedingungen zu ungünstig. Im Einvernehmen mit der Mitteldeutschen Landesbank haben wir damals eine abwartende Haltung eingenommen, zumal unsere Stadtkasse völlig genug war, allen Anforderungen zu genügen. Wir wollen bei dieser Gelegenheit noch hervorheben, daß unsere Sparkasse im Juni 1931 mit 43 v. H. Liquidität war. Auch das ist ein Beweis dafür, daß wir vollständig gewirtschaftet haben und uns genügend Mittel jederzeit zur Verfügung haben. Durch die bekanntlich auf-Börse eine grundsätzliche Veränderung eingetreten. Die Möglichkeit, von der eigenen oder von anderen Sparkassen Kredite oder Anleihen zu bekommen, ist durch die Notverordnung genommen. Auch von anderer Seite wird in absehbarer Zeit keine Hilfe zu erwarten sein. Unter diesen Umständen hätte der noch nicht ausgeschöpfte außerordentliche Haushaltsertrag erhebliche Schwierigkeiten bereiten können, wenn es uns nicht gelang wäre, die aus dem Rechnungsjahre 1929 übernommenen Betriebsmittel auch im Jahre 1930 annehmbar zu erhalten und für 1931 vorzutragen. Wir haben aus den Betriebsmitteln des ordentlichen Haushalts den Bedarf des außerordentlichen gedeckt und werden uns vordringlich mit dieser Regelung befassen müssen.

Schon im Anfang des Rechnungsjahres ist sämtlichen Dienststellen und Schulen entgegengesetzt, mit den vorhandenen Mitteln sparsam umzugehen. Im ganzen sind 7 Sparmaßnahmen erlassen, die die Ausgabe-Ansätze kürzen und die Befristungen einschränken. Der Erfolg der bisherigen Sparmaßnahmen sind Kürzungen auf der Ausgabe-Seite von 72 000 Mark. Wir wollen dabei aber betonen, daß dringend wünschenswerte Arbeiten und Befristungen selber unentbehrlich sind. Die Umwandlung im 1. Halbjahr 1931 ist im Gesamtschluß betragsmäßig 2 Millionen 200 000 Mark übersteigend die Ausgaben. Gegenwärtige Zahlungsbedingungen sind — abgesehen vom Juli — nicht eingetreten. Das 2. Halbjahr dagegen bereitet uns ernste Sorgen wegen der Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse und des damit zusammenhängenden Rückganges unserer Einnahmen. Die voranschreitenden Ausfälle im Juli sind schon jetzt, z. B. bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer und bei der Gewerbesteuer, aufgrund der schon vorhandenen Abgänge. Auch bei den übrigen Einnahmen wird mit einem erheblichen Rückgang zu rechnen sein. Mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage steigen aber automatisch die Volkshauskosten. Wir werden also über die im Haushaltsplan ausgemerkten Mittel hinaus für Volkshauszwecke weitere Kosten zur Verfügung stellen müssen. Unter Berücksichtigung der Rücknahmemaßnahmen und Sparmaßnahmen wird das laufende Rechnungsjahr voraussichtlich mit einem Verlustbetroge abgeschlossen, selbst wenn die vorhandenen Betriebsmittel reflexiv zum Ausgleich verwendet werden. Zur Sicherstellung der Zahlungen an Erwerbslose, Arbeiter und Beamte wird aber unbedingt der Betriebsfonds erhalten bleiben, soll nicht die Stadtkasse hierfür der verhängten Kreditrisiko bald zahlungsunfähig werden.

In der Ausprache ergab es u. a. Genosse Pusch zum Ausdruck, daß unsere Vertreter in der Ausschussarbeit über den Bericht zugestimmt haben, um zu verhindern, daß Arbeitsträger

entlassen werden müssen, um nicht dem Wohlfahrtsamt zur Last zu fallen. — Stadtd. Schulz (bürgl.) sagte, wenn unsere Stadt so finanziell günstig dastünde, so ist dieses auf die Sparmaßnahmen des Bürgermeisters zurückzuführen, und damit ihm dafür. Die Arbeitsgemeinschaft Darius, Schäfer und Bernas hat zur Vorschreibung über die Kamfationsarbeiten Förderungen geltend gemacht, deren Berechtigung bislang freigegeben ist. Sie wurden deshalb von den während der Bauarbeiten eingereichten Rechnungen getriggen. Dem Vergleichsantrag der Firma, in Höhe von 4067,73 Mark, wurde zugestimmt.

Der Regierungspräsident in Magdeburg hat der Stadt aus dem Wohnungsbauverleihsfonds ein Darlehen von 2000 M. bewilligt. Mit Rücksicht auf die noch vorliegenden Anträge auf Bewährung von Reparationsarbeiten hat der Magistrat beschlossen, das Darlehen aufzunehmen. Die Stadtratsmitglieder stimmten zu.

Von den durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln und sonstigen Einnahmen nicht gedeckten laufenden Unterhaltungsmitteln der Gemeindefürsorge sind 50 Prozent durch Schuldbeiträge aufzubringen. Es sind zu erheben von Gewerbetreibenden für ihre Betriebsstätten im Gemeindebezirk 15 Prozent der Grundbeiträge der Gewerbesteuer vom Ertrage und Kapital. Beiträge unter 1 Mark werden auf 1 Mark aufgerundet.

Antrag der SPD-Fraktion: Gewährung einer Weihnachtsbeihilfe. Unsere Fraktion hatte folgenden Antrag eingebracht: Die Stadtverwaltung möge beschließen, den Magistrat zu erlauben, auch in diesem Jahre eine gleiche Weihnachtsbeihilfe zu Weihnachten wie im vorigen Jahre durchzuführen und die Mittel hierzu bereitzustellen. Falls aus den laufenden Mitteln dies nicht möglich ist, möge der Magistrat auf die Sparbücher des Wohlfahrtsamts zurückgreifen.

Genosse Grant Seine begründet den Antrag. Der Bürgermeister gibt zur Antwort, wenn Mittel zur Verfügung stehen, daß die Weihnachtsbeihilfe gewährt werden soll. Nach Genosse Pusch und Stadtd. Pankas noch zu dem Antrage gesprochen hatten, fand er einstimmige Annahme.

Antrag des SPD-Fraktion an den Magistrat betreffend Sparmaßnahmen zur Preis-, Sparnotverordnung. Die Anfrage lautet: In den letzten Wochen wurde im Döberitzer Kreisblatt bekannt gegeben, daß Beamte des Magistrats über ein Sparprogramm für den Winter informiert werden sollen. Wir fragen an: 1. Ist der Magistrat bereit, in öffentlicher Stadtratsversammlung-Berufung ohne Nennung der Namen der betreffenden Beamten Auskunft hierüber zu geben? 2. Handelt es sich hierbei um eine Erhöhung der Gehaltsbezüge der betreffenden Beamten oder ist tatsächlich eine Schmälerung des Gesamteinkommens von Magistrat beabsichtigt? 3. Ist die Angelegenheit von der Regierung genehmigt?

Der Bürgermeister gab Auskunft und führt dazu aus: „Die Nachprüfung der Gehälter der Beamten unserer Stadt hat stattgefunden auf Grund der Sparnotverordnung, nicht auf Antrag eines Stadtratsmitglieds und nicht auf Antrag des Regierungspräsidenten. Es hat eine Höhergruppierung von zwei Beamten stattgefunden, aber so, daß in dem Endbetrage, Gelder gespart werden. Bei dem einen Beamten sind es 1200 M. und bei dem zweiten etwas hundert Mark. Dieses ist dadurch erreicht, weil die Nebeneinnahmen dieser Beamten in die Stadtkasse fließen.“

## Mitteldeutsche Rundschau.

### Lothschlagsverbot an der eigenen Frau.

Magdeburg. Vor dem Schwurgericht Magdeburg begann am Montag die neunte Tagung in diesem Jahre. Als Angeklagter hatte sich der Schlosser Fritz Groms aus Magdeburg-Südost zu verantworten. Derletzte Lothschlag wurde ihm von der Witwe zur Last gesetzt. Der Angeklagte war in zweiter Ehe verheiratet. Die erste Ehe ging alles gut, nachher setzten sich Differenzen ein, die mit der Zeit immer ernster Formen annahm und schließlich in große Zügeligkeiten ausartete. Als Groms seine Neigung einer Wäscherin in Lichtpriebe zuwandte, war das Maß zum Überlaufen voll. Jant, Streit und Mißhandlungen der Ehefrau waren an der Tagesordnung. Das Zerwürfnis wuchs, je enger sich die Verbundenheit zwischen Groms und seiner Geliebten knüpfte. Am 2. September 1931 gab es wieder eine ernste häusliche Szene mit tätlichen Ausschreitungen, in deren Verlauf der Angeklagte seiner Frau eine Schlinge um den Hals warf und sie würgte. Auf die Hilfe der Frau schlochte er. Der Angeklagte gab die Tat zu, bestritt aber eine Mordabsicht. Die Aussagen der Zeugen ergaben jedoch das Gegenteil. Die Frau habe sich dauernd bedroht gefühlt und für die Sicherheit ihres Lebens gefährdet. Der Vertreter der Anklagebehörde kam auf Grund der Beweisaufnahme zu dem Schluß, daß, wenn man verstanden Lothschlag fallen lasse, man doch zu der Ansicht kommen müsse, daß der Angeklagte die Absicht gehabt hat, seine Frau in der größten Weise zu verletzen. Demnach lege eine lebensgefährdende Körperverletzung vor, für die er eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten beantragte. War der Strafantrag schon milde, so verlor man bei dem Urteil das sichere Gefühl der Aufrechterung einer Ehre. Das Gericht erließ in der Tat den Auspruch einer spontanen Erregung und erkannte wegen gefährlicher Körperverletzung mit 4 Monaten Gefängnis. Demon gelten 2 Monate als verübt. Bezüglich der Auslegung der Reststrafe sollen Ermittlungen eingeleitet werden.

Gewächshäusern in der Nacht zum Sonntag. Burg. Trotz der zur Verhinderung von Diebstählen wesentlich verstärkten Kirchposten wurde hat es in der Nacht zum Sonntag ein gemeinsames Verbrechen verübt, nämlich die Gewächshäuser auf dem Bürger Friedhof, die im Erdstiege frisch geschmückt waren, zu verwüsten. Der Friedhofspolier stellte auf seinem Rundgang am Sonntag früh fest, daß zahlreiche frische Stränge zerhackt und auseinandergerissen worden waren. Auf den Wegen lagen Blumen und zerfallene Tannenzweige umher. Die Kriminalpolizei wurde sofort verständigt und die Ermittlungen nach im Laufe des Vormittags nach Möglichkeit befristet. Die Ermittlungen der Polizei kamen sich bereits in einer bestimmten Richtung. Öffentlich wird der Täter bald gefast, damit die gemeine Tat ihre gerechte Sühne findet. Die Empörung unter der Einwohnerheit ist groß. Schwere Motorabundung zweier Reichswachtoldaten. Halle. Zwei Reichswachtoldaten aus Leipzig fuhren auf der Straße Halle-Leipzig in der Nähe von Jülichsdorf mit ihrem Motorrade auf einen unbefestigten Uferweg auf. Bei dem Zusammenstoß wurden die beiden Reichswachtoldaten sowie der aus

Strandort bei Falls kommende Gehirnfürer schwer verletzt und seine Beine zertrümmert. Ein Weihnachtsfest liegt lebensgefährlich verlegt im Hallischen Krankenhaus, wo auch die beiden anderen Verunglückten Aufnahme fanden.

Dor dem sicheren Vergiftungsbede bewacht. Klein-Mühlungen. In Klein-Mühlungen hat den Nachbarn das Festen des Arbeiters A. und seiner Ehefrau auf. Sie drangen darauf in das Schlafzimmer des Ehepaars ein und fanden es in bewußtlosem Zustande auf. Sofort angeforderte Wiederbelebungsversuche waren von Erfolg gekrönt. Es stellte sich heraus, das ein mit der brennenden Grube in Verbindung lebendes Döberitz nach seiner Auswechslung nicht wieder abgeholt werden muß. Die entweichenden Rohstoffabgabe waren in das Schlafzimmer eingedrungen und hätten um ein Haar den Tod des Ehepaars herbeigeführt, wenn nicht im letzten Augenblick Hilfe gekommen wäre.

Großstadteinbrecher rauben für mehrere tausend Mark Wertgegenstände. Mittelsberg. Einen empfindlichen Verlust erlitt der Fleischermeister Hermann Hoppe aus Oberburg, der an den Wittenberger Wochenmarktagen hier immer seinen Verkaufstand unterhält. Einbrecher drangen nachts in seinen Verkaufsaum und in die Räucherstube ein und raubten die gesamten Fleisch- und Wurstwaren, die für den Verkauf auf dem Wittenberger Wochenmarkt bestimmt waren. Der Schaden beträgt mehrere Tausend Mark. Die Einbrecher haben ihre Beute mit einem Auto bestelle geschafft. Man nimmt an, daß es sich um Großstadteinbrecher handelt, die einen Beutezug in die Provinz unternommen hatten.

Unfälle bei der Arbeit. Eger. Der bei der Donäns Eger beschäftigte Gehirnfürer S. fiel beim Drehen an der Feldschleife in einen an der Maschine befindlichen Haken und verletzte sich so schwer am Unterleib, daß er dem Krankenhaus zugeführt werden mußte. Wanzleben. Der in der Zuckerfabrik beschäftigte Müller kam mit der Hand in den Kotschreiber und erlitt schwere Verletzungen. Er wurde ins Döberitzener Krankenhaus eingeliefert. Ineburg. Als die Pferde des Landwirts Tade plötzlich angingen, fiel Tade vom Wagen und wurde überfahren. Mit einem Beinbruch mußte er ins Krankenhaus eingeliefert werden.



# S p o r t

## Der Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V. ist der 1893 in Gera gegründete Bund.

Die juristische Beratungsstelle des kommunikativen Sportverbandes befreit das und bejaucht, der 1893 gerichtlich eingetragene (e. V.) Bund ist nicht die Fortsetzung des alten, sondern ein völlig neuer Bund. Diese völlig falsche Behauptung wird in den kommunikativen Sportvereinen und von den Beauftragten des SPD-Sportverbandes in den Bundesvereinen verbreitet, mit der Schlussfolgerung, daß die Bundesvereine dem e. V. Bund gegenüber keine Verpflichtungen erfüllen brauchen, und dieser nicht berechtigt ist, für die Erfüllung von Verpflichtungen einzustehen. Weiter wird behauptet, die aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund e. V. ausgeschlossenen Vereine seien die Fortsetzung des 1893 in Gera gegründeten Bundes und hätten demzufolge das Recht, sich als Mitglieder des gerichtlich nicht eingetragenen Arbeiter-Turn- u. Sportbundes zu bezeichnen. Das ist falsch und dient zur Verführung der Defensivität.

"Fichte"-Berlin, der führende Verein des kommunikativen Sportverbandes hat sich trotzdem auf Bekanntheit als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes begeben und Mitgliederbücher mit derselben Bezeichnung herausgegeben. Es kam daraufhin zu einer Feststellungsfrage des Arbeiter-Turn- und Sportbundes e. V., die vor dem Landgericht Berlin von "Fichte" verloren worden ist. Da die Entscheidung in der Feststellungsfrage grundsätzlicher Natur ist, hat "Fichte" beim Kammergericht Berufung eingelegt. Die Berufung ist jetzt von diesem Gericht demotiert worden, weil es Fichte imwiderstreit einsteht, in einer völlig ausschließlichen Angelegenheit zu prozessieren, und es deshalb vorzog, nicht erst die Berufungsgegenstände einzulösen. Das Urteil des Kammergerichts Berlin ist nicht rechtskräftig, monach feststeht, daß der e. V. Bund kein neuer Bund, sondern der Rechtsnachfolger des 1893 in Gera gegründeten Arbeiter-Turnbundes ist. Nur die Vereine des e. V. Bundes dürfen sich als Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes bezeichnen.

## Arbeiter-sport in Holland.

Der am 19. Dezember 1926 von 54 begeisterten Arbeiter-sportverliebten gegründete niederländische Arbeiter-sportbund hat während seines fast fünfjährigen Bestehens eine sehr gute Entwicklung durchgemacht, die auf der Ermärkung beruht, daß die Mitgliederzahl bis zur fünfjährigen 20 000 erreichen wird. Besondere Zukunft haben die Turngruppen „De Jonge Rieker Vloten“, in denen begeisterendes freies Leben zu Hause ist. Der rasche Fortschritt mit den deutschen und belgischen Arbeiter-sportern hat zur sportlichen Einmischung der holländischen Arbeiter-sportbewegung viel beigetragen. Auch lebhaft ist der internationale Verkehr zwischen den holländischen und deutschen Arbeiter-sportvereinen und die gegenseitige Veranstaltungsbeteiligung der Wassersportler. Auch in Handball und Tennis ist die gegenseitige Verbindung bereits in Ordnung. Eine turnerische Arbeitsgemeinschaft zwischen dem Bezirk Wachen des deutschen Bundes und den holländischen und belgischen Fachleitungen leistet auf diesem Gebiet erfolgreiche Arbeit. Daraus sind Sportvereine haben auch die holländischen Arbeiter-sportvereine mit denen von Belgien.

Wegen der wachsenden Erscheinenden niederländischen Verbandsleitung ist geplant, in Kürze, verlässlich ein besonderes technisches Organ und eine Anordnungsstelle herauszugeben. Bei der Benutzung aller Hilfsmittel zum Aufbau der Landesorganisation ist die Berücksichtigung dazu übergegangen, eine Verkaufszentrale für alle Sportartikel und Sportbekleidung einzurichten, ebenso eine Bundespartalle. Die Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften, der Sozialdemokratischen Partei und der Parteipresse hat viel dazu beigetragen, höhere Vorteile gegen eine selbständige Arbeiter-sportbewegung zu beschließen. Das Verständnis, das die niederländische Parteipresse dem Arbeiter-sport entgegenbringt, spricht, daß sie in Groningen, Amelo und Arnhem ständige Arbeiter-sportberichterhalter angestellt hat.

Die niederländische Verbandsleitung und mit ihr der Verbands-Verbandsleiter lassen kein Mittel unversucht, den Arbeiter-sport in Holland auf breiterer Grundlage zu veranlassen. Daß sie dabei den richtigen Weg gehen, beweisen die Erfolge.

## Fußball.

### Drei Kreismeister-spiele.

Teutonia-Oberlesben gegen Wafer-Röthen 3:4, Wafer-Braun-schweig gegen Germania-Burg 1:1, Jahn-Magdeburg gegen Freie Turner-Magdeleben 2:5. Zum ersten Mal hat man am Sonntag den Meister des Braunschweiger Bezirks, Wafer-Braunschweig, im Kampf um die Kreismeisterschaft. Die Braunschweiger hatten den Vorzug des heimischen Platzes und konnten sich recht entsaften. Jedoch fand ihnen in Germania-Burg ein völlig ebenerdiger Gegner gegenüber, ja man konnte sagen, daß Burg etwas größere Eigenschaften hatte. Burg spielte außerordentlich gut und hatte sich die Sympathie der circa 1000 Zuschauer bald erworben. Das Besondere läßt schon erkennen, daß sich zwei Mannschaften gegenüber fanden, die sich in ihren Leistungen ebenerdig waren. Keine der Mannschaften konnte eine Überlegenheit zustande bringen, so daß das Spiel jederzeit offen war. Das Unentschieden ist, den Leistungen entsprechend, ein gerechtes Resultat.

Die Freien Turner-Magdeleben konnten auch ihr letztes Spiel glatt zu ihren Gunsten entscheiden. In der ersten Spielzeit konnte Jahn-Magdeburg das Spiel stets offenhalten, und es gelang sogar das Führungswort zu erzielen. Magdeleben jedoch konnte bis zum Wechsel noch zwei Tore vorlegen, dem nach der Pause direkt vom Anstoß weg das dritte Tor folgte. Im weiteren Verlauf zeigte sich der Sieger als die bessere Mannschaft und gewann verdient. 600 Zuschauer haben ein jederzeit interessantes und stets lautes Spiel. Trotz der Niederlage hinterließ Jahn-Magdeburg einen guten Eindruck.

Zwei grandiosen hinterlegte Spielzeiten gab es im Treffen Teutonia-Oberlesben gegen Wafer-Braunschweig. Oberlesben behauptete sich in der ersten Spielzeit ausgezeichnet und konnte bis zum Wechsel ein 3:1-Resultat halten. Dann aber schien es mit der Mannschaft vorbei zu sein. Röthen holte Tor um Tor auf. Schließlich war auch bald der 4. Treffer angebracht und damit der Sieg erzielt aber noch nicht abgesiegelt. Denn zum Schluß gab Teutonia nochmals mit aller Kraft aus sich heraus. Aber es war vergebliches Bemühen. Röthen konnte einen knappen Sieg mitnehmen.

Norddeutschland gegen Nordwestdeutschland 7:3 (3:2). Das erste Spiel dieser beiden Auswahlmannschaften hat die Erwartungen nicht erfüllt. Das Spiel war in seinen technischen Leistungen nicht gleichwertig, als die Leistungen in den bisher von den norddeutschen Auswahlmannschaften des Deutschen Fußballbundes gezeigten Kämpfen. Nordwestdeutschland war besser als in dem Niederlage-ergebnis zum Ausdruck kommt.

Gleich zwei Vorentscheidungen und die Pommerische Fußballmeisterschaft. Es fehlte nicht viel, und das Spiel des Berliner Meisters Rodsch mit dem Sinterpannmermeister „Bormarts“ Barmberg hätte mit einer Ueberrückung geadet. Bis zum Tor Spiel-schluß hand der von beiden Seiten unter Aufsichtung allen Stimmens durchgeführte Kampf torlos, bis dann Rodsch zum siegreichenden Tor kam. — Am 2. Vorspiel um die Pommerische Meisterschaft gegen die mittelpommerische Meister „Greif“ Torgelow gegen den Meister von Bormannern Oresfand 6:0 (1:0). Bis eine Viertelstunde vor Schluß leistete Oresfand vorzüglichen Widerstand; das Spiel stand zu dieser Zeit erst 2:0 für den Sieger. Dann hatte sich Oresfand ausgegogen, so daß Torgelow leicht den Sieg endgültig sicherstellen konnte.

Städtefußballspiel Hamburg gegen Garburg-Wilhelmshaven 6:3. Die vor dem Tor entschlosseneren Hamburger Stürmer entschieden gleichwertig. Dadurch wurde das Spiel zu einer stets Spannung ausgesetzten Angelegenheit.

Nürnberg-Off u. Weiben in Nordoberen im Kampf. Der frühere Fußballkreismeister hat in seinem Bezirk wieder die Bezirksmeisterschaft erlangt. Sein alter Widerlager Nürnberg-Gostenhof ließ sich nur knapp mit 3:2 (3:1) bewinglen. Das vor 8000 Zuschauern im Nürnberger Stadion stattgehabene Spiel gefiel sehr gut. — EC. B. 1 in den neben Nürnberg-Off als die prestigeträchtigste norddeutsche Mannschaft gilt und wieder Bezirksmeister in seinem Bezirk geworden ist, trug gegen den Coburger Bezirksmeister Schen ein Gesellschaftsspiel aus, das überraschenderweise mit 2:2 endete. — Im Endspiel um die Regensburger Bezirksmeisterschaft schlug der Turn- und Sportverein Schwandorf die Mannschaft von Burg 4:1 mit dem Ergebnis 2:0.

2. Vorrunden-spiel um die Gauflieger Fußballmeisterschaft. „Bormarts“ Röthen, das am Vorabend gegen Oßern verlor, schlug den Cottbuser Bezirksmeister Cottbus 9:3 mit 6:1. Wenn auch mit einem Sieg von Röthen gerechnet wurde, so kommt er in dieser Höhe doch überraschend. Röthen führte bereits in der ersten Viertelstunde 4:0.

Interessante Fußballauswahlspiele in Mitteldeutschland. Anhalt gegen Bezirk Nordburg 6:2 (2:0). Südlimannschaft Burg gegen Wackerlesben 4:2 (0:1).



Vorzüglich durchgeführte Uebung am Pferd.

## Handball.

Norddeutscher Meister gegen Südlimannschaft Hamburg 6:0 (3:0). Da hat man dem Norddeutschen Meister „Fichte“ Hamburg-Gemsbüttel eine Südlimannschaft besonders formale entgegenstellen wollen und mußte erleben, daß es sich keineswegs getrennt ließ und der Auswahlmannschaft reichlich reichlich etwas vorzählte.

Knappe Handballergebnisse in Mitteldeutschland. Halle und Staßfurt-Beoboldshaus, die neben Magdeburg als handballhochschulen gelten, trugen ein Endspiel aus, daß Staßfurt mit 6:5 (2:2) gewann. — Der mehrjährige Sachsemeister Leipzig-Gohlis war bei der sehr guten anhaltischen Mannschaft von „Bormarts“ Barmberg Gast und verlor 8:7. Die Ergebnisse beider Spiele bestanden, daß vorzügliche Kämpfe geboten wurden.

## Magdeburg.

Bezirksmeister Fichte-Südenburg gegen Turner-Schönebeck 20:1. Südenburg löst sich etwas zu spät in Form zu kommen, denn ihr Spiel recht es noch nicht. Ein erster recht unterschiedliches Resultat brachte Bormarts Bernersleben und Rangemündungen um 15:5 heraus. Diesdorf und Hohenbroschen trennten sich 7:5. Magdeburg ist augenscheinlich mit der Ermittlung des Meisters der 2. Klasse beschäftigt, der dann in die erste Klasse aufsteigen soll. R. B. Magdeburg hatte sich dem Sportverein Eckartau zu stellen, der glatt 7:0 geschlagen wurde. Mit den augenscheinlichen Leistungen dürfte es der R. B. schaffen, den Weg in die erste Klasse wieder anzutreten. Von den Freigen Spielern verdient Beachtung das Sturm Schönebeck gegen Fr. T. Bemedensfeld 3:1 gemessen tonnte.

## Anhalt.

Der Spitzenreiter, Sportverein Dessau-St. Rühmann konnte einen sicheren Sieg verzeichnen, er schlug Bahn Gerst 11:3. Bormarts Barmberg führt in der anderen Gruppe und konnte auch diesmal Fr. T. Röthen glatt 7:1 abfertigen. Dessau-Allen und Fichte Dessau, die Mittelplätze einnehmen, spielten 5:2. Bobbau und Roslau trennten sich 6:3, ein erwartungsgemäßes Resultat. Meißdorf gegen Or. Wilbau 3:0. Sportverein Dessau gegen Rodsch 5:2. In Anhalt waren Halle aus dem Thüringer Kreis. Sportklub Barmberg hatte sich Frankfurt verpflichtet und konnte mit 7:3 im Vorteil die von Bormarts Barmberg und Jafte Barmberg kamen zu einem 2:2. Olympia Dessau schlug Wader Roslau knapp 4:3, während Dessau-Türpia Britannia Weinsdorf 3:0 schlugen konnte. Als letztes Spiel ist noch Sportvereine Dessau gegen Sportklub Zeßnitz genannt, daß Erstere 4:1 für sich entscheiden konnten.

Galle aus dem benachbarten 7. und 8. Bezirk wollten in Halle.

Sichle Halle stellte sich Kamlin 1 und mußte den Gästen einen 6:1-Sieg überlassen. Die 2. Mannschaft Kamlin traf auf Delig a. B. und konnte auch 3:0 gewinnen. Kößen dagegen schickte Heßia 3:1 geschlagen nach Haus.

## Anhalts Auswahlmannschaft

Partelle am Aufstieg in Schönbeck und konnte die Auswahlmannschaft des 2. Bezirks 6:2 bewinglen. Etwas mehr Erfolg hatte ein Bürger Südlimannschaft gegen die gleiche von Wackerlesben, hier lautet das Resultat 4:2. Ein drittes Auswahlspiel fand in Wackerlesben statt. Magdeburg schickte eine Mannschaft zum Kampf gegen die Gruppenmannschaft Egerle Müde und gewann 6:2. Mit diesen Spielen sollte für den Arbeitersport gewonnen werden, jedoch äußerte ungenügende Witterung bereitete einen politischen Erfolg, wenn auch sportlich die Spiele einwandfrei und gut verliefen.

## Braunschweig.

Röthen und Fr. T. Braunfömel kämpften hart um die Spitze. Ueberrückung mußten sich die Braunfömel 2:0 schlagen lassen.

## Halle.

Sichle-Zimmerdorf gewann gegen Zminthina 5:0. Schwimmertimmerdorf mußten sich knapp 6:7 von Or.-Kanna schlagen lassen. Sichle Süd Halle konnte Oßagen glatt 13:3 schlagen und Rein-tugel legte Luets 12:8 hin.

## Im Harzgebiet

war bei Eintracht Dierowel Bahn Or.-Ottersleben zu Gast. Ottersleben, das in seinem Bezirk mit zu den prestigeträchtigsten Vereinen gehört, mußte sich schon bis zum Wechsel 4:0 geschlagen betanzen. Rad der Pause war es etwas sicherer in der Abwehr und konnte das Spiel offener gestalten.

## Wien gegen Niederösterreich 4:4.

Wien hatte das Spiel mit 4:1 schon fast wie gewonnen, bis die Niederösterreicher zu einem energischen Endspurt übergingen und das keineswegs ungedrehte unentschiedene Ergebnis ergannen.

## Turnen : Leichtathletik.

Städtevereinsteam im Kunstturnen Hamburg — Magdeburg — Leipzig. Die besten Arbeiterturner der drei Städte, die in Hamburg zu einem Weltreit zusammengekommen waren, zeigten wieder hervorragendes Können. Sieger wurde die Leipziger Beteiligung mit 788 Punkten. Hamburg erreichte 744 und Magdeburg 738. In den einzelnen Gerdelen errangen: am Barren Leipzig 259, Hamburg 245, Magdeburg 251; am Pferd: Leipzig 246, Hamburg 240, Magdeburg 230; am Reck: Leipzig 258, Hamburg 250 und Magdeburg 257 Punkte. Während Leipzig und Magdeburg am Barren sehr sicher landeten, blieb Hamburg an diesem Gerät insofern zurück, dafür holte es am Reck gewaltig auf.

## Schwimmen.

Meisterschaften der österreichischen Arbeiterschwimmer. In den in Wien ausgetragenen österreichischen Meisterschaften beteiligte sich auch der finnische Olympialieger Paananen. Meister wurden im 100 m Kraulschwimmen Havit-Wien in 1. 06.4 Set., 100 m Brustschwimmen: Baananen-Finland, 1 Min. 19.8 Set., Barm-Bien 1 Min. 19.8 Set. (österreichische Höchstleistung); 200 m Kraulschwimmen: Capel-Wien, 2 Min. 39.4 Set.; 300 m Brustschwimmen: Baper-Wien 2 Min. 55.4 Set. (österreich. Höchstleistung); Baananen-Finland 2 Min. 55.8 Set.; Kunftspringen: Dirmir-Wien 96% Punkte; Turmpirgen: Stadtmayer-Wien, 62% Punkte. Frauen: 100 m Brustschwimmen: Schmeiger-Wien 1 Min. 39.4 Set. Städtevereinsteamkämpfe Düsseldorf — Hannover — Köln und Wuppertal.

Eine glänzende Veranstaltung mit ausgezeichnetem Sport. In der 4 mal 100 m Stafette im Brustschwimmen stellte Düsseldorf in 5:45.6 min. eine neue Bundesrekordleistung auf. Wuppertal: Düsseldorf — Hannover 3:1, Köln-Barm — Wuppertal 6:2. Nach der Belohnung gewann Düsseldorf mit 41 Punkten vor Hannover mit 39.

## Notizen.

„Fußballstürmer“ und „Marx und Jiel“. Die „Freie Sportwoche“, das Blatt der Fuß- und Handballspieler, Leichtathleten und Winterportler des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, sowie das Bundesentscheid stellen mit Jahresreise ihr Erscheinen ein. Dafür gibt der I. D. S. ab 1927 für die Fußballspieler die Wochenchrift „Der Fußballstürmer“, und für die Handball- und Tennisplayer, Leichtathleten und Winterportler die Wochenchrift „Marx und Jiel“ heraus. Der Bund wird dadurch den verschiedenen Wöchentlich aus der Kreise der Mitglieder und Funktionäre gerecht. Bezirks-Frauenvereine. Am 28. und 29. November findet im Kreisheim Gertrude eine Bezirks-Frauenversammlung statt. Beginn am 28. November 20 Uhr. Sämtliche Teilnehmer, soweit sie im Kreisheim übernachten wollen, müssen sich beim Heimleiter Walter Schröder wegen Quartier anmelden. U.-S.-B. Wackerlesben. Heute um 20 Uhr: Sitzung des Vorstandes und des Festausgusses im Lokal von Otto Hoffmann, Patentstraße.



—wenn du über die Straße gehst!  
Geh gerade hinüber, nicht schief!  
Sieh erst links bis zur Mitte,  
dann rechts und  
kehre nicht mitten drin um!



# Der Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Bezugspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erscheint wöchentlich je einmal und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegengenommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2314. Verlag: Volksstimme Halberstadt, Post-Bezirk 6, m. S. 3. Verantwortl. für Politik u. Wirtschaft: Fritz Wollenski; für den lokalen Teil: Wilhelm Kundermann, für Redakteur u. Inserate: Karl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonette ober deren Raum für Anzeigen aus Stadt und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restabgabe 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei Zahlung vorliegende letzte Kurs. Für die Aufnahme von Anzeigen auf bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2314). Postfach 4528 Wernigerode 4528 und Sollichbuchhandlung (Zeilgerald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 274

Dienstag, den 24. November 1931

7. Jahrgang

## Mageres Resultat.

Die acht Leitsätze des Wirtschaftsbeirats.

Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbeirat, in acht Leitsätzen zusammengefaßt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Leitsätze, deren wesentliche wir an anderer Stelle mitteilen, nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbeirates gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Leitsätze enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; z. B. sind wichtige Vorfragen auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Wahrung der Deflationspolitik, für die Aufhebung der landwirtschaftlichen Produktionspreise, für die Konsumtenpreise, für die Abhebung jeglicher Deflation, für die Senkung der Zinsen, für Preise usw. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung vertritt immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu verhüten. Das liegt zweifellos auch auf der Seite des angeführten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, das nach dem Wort des Reichspräsidenten „loyal gerecht“ und „wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Prozeß, den die Regierung mit ihrer bevorstehenden Antwort einleiten will, die Garantie, daß die Reallohn- und Realgehälter nicht sinken? Oder die andere Garantie, daß in der nach dem Wort des Reichspräsidenten verfahren wird? Schließlich wird die Regierung Brünning nicht emigrieren und eine andere Regierung könnte z. B. aus Änderungen auf dem Gebiete des Schlichtungswesens Waffen schießen, die der Arbeiterklasse eines Tages arg bekommen könnte.

Das war sicherlich die eine Überlegung, die den Gewerkschaftsvertreter Grahmann in der Sonntagssitzung des Wirtschaftsbeirates zu der Erklärung bewog, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könnte. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften beigestimmt. Des anderen sind die Forderungen der Gewerkschaften auf eine gesetzliche Regelung der 40 Stundenwoche entfallen worden. Diese und viele wirtschaftliche Überlegungen dürften die wichtigsten Gründe sein, die die Haltung aller Gewerkschaften bestimmen. Hier über die wichtige Meinung haben sie niemandem im Inneren gelassen.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Ziel ihres wirtschaftspolitischen Kurses näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anspannung der deutschen Verhältnisse in die durch Währungsveränderungen und andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt. Sie will dadurch Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten vermeiden und arbeitet so das Ziel heraus, das Niveau der deutschen Wirtschaftsleistung zu senken. Sie will loyal gerecht bleiben. Deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Wahrung der Bindungen, die für Preise und Löhne bestehen, Preise und Löhne in Übereinkunft miteinander gleichseitig herabgesetzt werden. Insbesondere will man die gebundenen Preise einem neuen Niveau anpassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung mit der Senkung der Löhne und Preise ernst ist. Wie die christlichen Gewerkschaften in einer Vereinbarung mitteilen, hat in der Sitzung des Wirtschaftsbeirates am Montag der Reichsarbetsminister Grahmann noch einmal nachdrücklich festgestellt, daß unter gar keinen Umständen daran gedacht werden, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso die Mieten und die Tarife für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Festen sind zur Kostenverteilung des Arbeitnehmerhaushaltes wesentlich. Der Reichsarbeitsminister hat die Regierung mit dieser Erklärung festgesetzt. Aber es kommt schließlich alles darauf an, ob man Löhne und Preise in dem Ausmaß senken kann, wie das erforderlich ist, um zu verhüten, daß die Kaufkraft und der Reallohn in Deutschland einem unheilvollen Schrumpfungsprozess verfallen.

Wir sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Kartell- und Monopolpreise, anfangen kann einen und bei der Stufe bis zum Gebrauche und der Strafbefugnis, der Mieten und der Marktarbeit viel tun kann, wenn man will. Wir sind auch überzeugt, daß das Konjunktur beben und anzeigen wird, auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen. Aber wir betreten, daß ein Ausgleich möglich ist, und deshalb wird eine Lohn- und Gehaltsenkung, möge man sie immer wieder in Zusammenhang mit einer Währungsänderung, auf Kosten des Reallohns gehen. So ist zu befürchten, daß der Prozeß der Anspannung, den die Regierung in ihren Richtlinien andeutet, mit einer Schrumpfung der Reallohn- und Realgehälter enden wird. Damit begibt sich die Reichsregierung auf den Weg der von dem deutschen Unternehmertum seit zwei Jahren beantworteten Politik des einseitigen Lohnabbaues.

Auch das Unternehmertum hat den Arbeitern versprochen, die Wirtschaft durch Lohnabbau anzukurbeln und die leer gewordenen Arbeitsstellen wieder zu besetzen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Politik des einseitigen Lohnabbaues hat das Arbeitslosenhvermehr.

Die Politik der Reichsregierung muß u. E. ebenfalls mit einem Fiasko enden. In dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichstagsrat, der die Beratungen des Wirtschaftsbeirates einleitete, wurde von einer Verminderung der Arbeitslosenheerde gesprochen. Wenn, entgegen dieser Politik, sich die Arbeitslosigkeit weiter steigert — und menschlichen Gemütern nach kann es nicht anders sein — dann wird die Enttäuschung ein einschüchterndes Volk jurkaffen. Diese Enttäuschung kann mit dem Schicksal Deutschlands gleichbedeutend sein.

### Die Leitsätze.

Die von der Reichsregierung im Anschluß an die Verhandlungen im Wirtschaftsbeirat am Montag veröffentlichten Leitsätze lauten:

**Aufgabe des kommenden Wirtschaftsprogramms** zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf den Weltmärkten und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abwägung der einzelnen Aufwendungen

## „Der Lohn unantastbar!“

Sozialdemokratische Forderungen an Brüning.

Am Montag fand in der Reichstagsloge eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von wirtschaftlichen Angelegenheiten standen, erbat Abg. Breitscheid das Wort, um, wie er sagte, diese erliche sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten

Kommuniqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates zu benutzen. Breitscheid warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Kommuniqué niedergelegten Thesen zur Grundlage eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Stelle über die Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungswesen. Während von

den Verhandlungen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt. Es sei nur von der Senkung des Tarifrechts in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede, während die Senkung der Löhne nicht bezeugt sei. Er verwies auf die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt. Er verwies auf die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt.

Minister Stegerwald antwortete, daß die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt. Er verwies auf die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt.

Die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt. Er verwies auf die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt.

Die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt. Er verwies auf die Senkung der Löhne in den Tarifverträgen und in den Tarifverträgen die Rede sei, sei die Senkung der Löhne nicht bezeugt.

und Werte aufeinander“. Der Wirtschaftsbeirat hält sich hierbei auf dem Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen und die Ausgaben durch einen unfaßlichen Plan in sich geschlossene u. von einander bedingender Maßnahmen zu lösen sei.

**Ausgleich der Haushalte**  
im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden. Ferner sei es zur Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen Klärung der Reparationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuordnung über die in Deutschland investierten Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde. Uebereinkunft zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung der Verhältnisse zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Juli d. J. in dem Monat der Bankrotte getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind.

**Zu dem Kapitel Preisbildung**  
betonen die Richtlinien, daß zur Erleichterung der Aufgabe eine Einmütigkeit auf Preise und Löhne notwendig sei. „Unter Leitung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Übereinkunft miteinander gleichseitig herab-

## „Der Lohn unantastbar!“

Sozialdemokratische Forderungen an Brüning.

Die Ausföhrung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen etwaige Zahlungsschwierigkeiten.

Durch Reichsgesetz vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotz dem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorhergehenden Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Mehl die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangt die Sozialdemokratie strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele

legte die Reichsregierung bindend zu, daß die Brottafel nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wiederhergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verfallung des Mehlpreises vermieden werden soll.

Alsdann verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Lühauer, Herz und Hilferding Auskunft über die von der Regierung zur Ausföhrung des Reichstagsbeschlusses über eine

**zusätzliche Winterhilfe**  
getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gegenden abgebrochenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ausreichend erklärt; sie verlangten vielmehr aus neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung im Aussch. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine

**Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 % pro Pfund** beabsichtige.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erklärt und daraufgelegt, daß ein Anstieg von Landesversicherungs-Einkommen vor unmittelbare Zahlungsschwierigkeiten stehen. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notleidenden Anstalten ermöglicht, die Reichsfinanzleistungen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre ausgesetzt worden waren, mit Hilfe des Reiches, soweit erforderlich, flüssig machen zu können. Der Reichsfinanzminister legte letzte Mitteilung bei der Behebung der bestehenden Kassenschwierigkeiten der Landesversicherungs-Anstalten zu.

Wie dem Ergebnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschließen.

### Der Bundesausschuß des ADGB.

ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit dem neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Leitsätzen der Reichsregierung befassen.